



Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

WELCOME TO BERLIN?!

FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE
AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN

DOKUMENTATION DER TAGUNG VOM 2.11.2013

„WELCOME TO BERLIN?!“ – FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN

Herausgeber: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Koordination: Inga Börjesson

Redaktion: Inga Börjesson, Hildegard Bössow, Hanna Witte

Mitarbeit: Ines Schröder-Sprenger, Heidi Bischoff-Pflanz

Gestaltung: Ayşe Gökmenoğlu (süpergrafik)

Fotografien/Bildquelle: Christina Palitzsch

Druck: Oktoberdruck AG

Titelgrafik: Ayşe Gökmenoğlu unter Verwendung eines Fotos aus maich/Umbruch Bildarchiv

Alle Texte der Dokumentation sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, von der Redaktion und ihren MitarbeiterInnen verfasst worden. Sie basieren auf den Beiträgen der ReferentInnen. In den Texten ist die Verwendung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen im Originalton der ReferentInnen belassen.

Dokumentiert ist eine Veranstaltung vom Bildungswerk Berlin, in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Berlin und der Heinrich-Böll-Stiftung.



FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STIFTUNGSVERBUND**

Die Veranstaltung und die Dokumentation wurden realisiert mit den Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie



Dezember 2013

„SEI GAST! – SEI WILLKOMMEN! – SEI BERLIN!“

Mit diesem Slogan präsentiert sich Berlin als weltoffene Stadt mit ausgeprägter Willkommenskultur. Es stellt sich die Frage, wer mit dieser Werbung angesprochen werden soll. In erster Linie sind wohl nur die Menschen gemeint, die der Stadt Geld bringen, also vorwiegend TouristInnen und UnternehmerInnen. Menschen, die Hilfe brauchen und in Not sind, sind keine willkommenen Gäste.

Spätestens seit dem Widerstand gegen neue Flüchtlingsheime in Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und anderen Bezirken im Sommer 2013 wird das Thema der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Berlin wieder lautstark diskutiert. Im Gegensatz zur offiziellen Politik haben sich die meisten Medien erstaunlicherweise für die Interessen der Flüchtlinge eingesetzt und informieren über die asylrelevanten und aufenthaltsrechtlichen Bedingungen.

Wir wollen mit einer großen Konferenz den Dialog aller Beteiligten fördern und gemeinsam beraten, wie die Stadt und ihre BewohnerInnen die Bedingungen für die Flüchtlinge verbessern können. Es geht uns um unsere Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende.

Wir haben das Thema eingegrenzt auf die Fragen der Unterbringung, Versorgung und Inklusion. Daher haben wir vornehmlich Menschen eingeladen, die innerhalb von Organisationen und Initiativen, Ämtern und Verwaltungstätigkeiten in das System verwickelt oder damit vertraut sind. Menschen, die durch ihre Position

oder ihre Arbeit die Willkommenskultur mitgestalten und verändern können. Der autonome Kampf der Flüchtlinge für ihre Rechte steht heute nicht im Fokus, sondern unser Handeln.

Ziele der Konferenz:

Mit der Konferenz wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Lobby für die Rechte von Flüchtlingen in der Stadt vergrößert, Vorurteile in der Bevölkerung abgebaut werden und antirassistische Arbeit fruchtet. Wir wollen helfen, die Standards in der Heimunterbringung zu verbessern, Angebote für alternative Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge zu entwickeln und den Zugang zu Wohnungen für Flüchtlinge zu erleichtern, insbesondere für schutzbedürftige Personengruppen. Außerdem sind wir bestrebt die Aktivitäten von engagierten Initiativen weiter zu vernetzen.

Dazu haben wir eingeladen:

- Institutionelle VertreterInnen von Senat, LAGeSo, Bezirken und Wohnheimbetreiber-Gesellschaften
- Initiativen und Einrichtungen aus der Flüchtlingsarbeit
- Migrantenselbstorganisationen (MSO)
- Anwohnerinitiativen
- Interessierte Öffentlichkeit und Medien



Herzlich danken wir an dieser Stelle denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass unser Vorhaben gelungen ist:

- Den ReferentInnen für ihre Vorträge, die viele wichtige Informationen beinhaltet haben.
- Dem Flüchtlingsrat für die Zusammenstellung des informativen Readers
- Allen TeilnehmerInnen für ihr Interesse und ihre konstruktiven Beiträge
- Der Band „Strom und Wasser & the Refugees“ für den fröhlichen Abschluss
- Dem JugendKulturZentrum Pumpe für die Bereitstellung guter Rahmenbedingungen

Nun wünschen wir eine anregende Lektüre der Dokumentation. Sie soll die Veranstaltung zusammenfassen und abrunden, indem sie die Empfehlungen der Arbeitsgruppen ordnet und aufbereitet. Die Empfehlungen (nicht nur) an Verwaltung und Politik können so die Grundlage für eine inhaltliche Weiterarbeit sein oder der Ausgangspunkt für eine schrittweise Umsetzung.

Bei Fragen und Anmerkungen richten Sie sich gerne an die Redaktion.

Vielen Dank
Die Redaktionsgruppe

Begrüßungsrede

Referentin/Autorin: Heidi Bischoff-Pflanz

TeilnehmerInnen: ca. 120 Menschen, Plenum

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

zuerst einmal möchte ich unsere Freude darüber ausdrücken, dass wir so viele Anmeldungen für diesen Kongress bekommen haben und Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen teilnehmen, sodass die Zusammensetzung dieses Kongresses für gute Diskussionen und Ergebnisse spricht und langfristig zu einer weiteren Vernetzung und Zusammenarbeit führen kann.

Das Thema unseres Kongresses – „Welcome to Berlin?!“ – sagt es schon deutlich: Bei der Planung haben wir uns entschieden, einmal nicht die zunehmend militarisierte EU-Abschreckung und Abschottung in den Fokus zu nehmen, sondern uns um die Willkommenskultur hier vor unserer Tür – in Berlin – zu kümmern. Denn trotz der heutigen positiveren Medienberichterstattung fehlt es an einer breiten, herzlichen Willkommenskultur gegenüber den Flüchtlingen.

Wir wollen bewusst nicht auf solche Provokationen, wie um das Asylheim in Hellersdorf oder Zäune um Spielplätze gegen Flüchtlingskinder eingehen. Solche Abwehrhaltungen sind – bis hinauf zum Regierenden Bürgermeister Wowereit – durchaus verbreitet. Denn nichts anderes ist es, wenn er zum Hungerstreik vor dem Brandenburger Tor von seinem Sprecher erklären lässt, das gehe ihn doch nichts an, die Flüchtlinge kämen ja aus Bayern. Die Flüchtlinge streiken vor dem Brandenburger Tor, weil sie von den allgemeinen Menschen-

rechten und allen existenziellen Rechten wie Bewegungsfreiheit, Recht auf Arbeit, Recht auf körperliche Unversehrtheit, umfassenden Zugang zur Gerichtsbarkeit und vielem mehr ausgeschlossen sind. Und der Regierende Bürgermeister der Weltstadt Berlin erklärt dazu, ihn gehe das nichts an, er sei dafür nicht zuständig! Diese Haltung verstärkt Vorurteile, Gleichgültigkeit, Empathielosigkeit. Doch Menschenrechte zu verteidigen und zu erstreiten geht uns alle an.

Beispiele zeigen: Es geht auch anders. Der evangelische Bischoff Dröge geht zu den Flüchtlingen am Brandenburger Tor, er hört sie an und diskutiert mit ihnen und es wird eine gemeinsame Lösung gefunden. Der Streik wird abgebrochen, die Flüchtlinge werden von der Kirchengemeinde Heilig Kreuz und Asyl in der Kirche in Obhut genommen und untergebracht. Auch für die Flüchtlinge am Oranienplatz konnte nach der Weigerung des Bezirks Kreuzberg, das Camp aufzulösen, zumindest vorübergehend eine positive Lösung gefunden werden: Sie haben einem Unterbringungsangebot zugestimmt – es geht doch!

Die Haltung „Es geht mich nichts an, die Flüchtlinge haben selber Schuld“ hat tiefere Ursachen. Erinnern wir uns kurz zwei Jahrzehnte zurück.

Anfang der 1990er Jahre gab es eine massive Anti-Asylkampagne, die bis heute nachwirkt. Damals wurde das so genannte Flüchtlingspro-



blem auf eine einzige Botschaft reduziert, die hieß: Höhlt den Artikel 16a des Grundgesetzes aus, beseitigt das Grundrecht auf Asyl! Unsere Volksparteien machten sich die fremdenfeindlichen Stammtischparolen und die vereinfachten Schwarz-Weiß-Bilder zu eigen. Berechtigte Flucht wurde mit Vokabeln wie Dammbbruch, Ausländerschwemme, Asyltourismus belegt und im Wahlkampf der Volksparteien instrumentalisiert. Es hörte nicht einmal auf, als die rechtsradikalen Republikaner ihren Wahlspot mit der Melodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegten.

Diese Anti-Asylkampagne hat das rechtsextreme Gedankengut entstigmatisiert, ein Feindbild wurde präsentiert und in den Köpfen zementiert. Wen wundert es da, dass Asylbewerberheime und Wohnungen von Migrantinnen und Migranten brannten, und dass Polizei und Verfassungsschutz – wie sich jetzt her-

ausstellt – bei den entsetzlichen Morden der NSU durch Neonazis zuerst einmal die Täter bei den MigrantInnen selbst suchten.

Das Asylrecht wurde mit der Grundgesetzänderung von 1993 zu Grabe getragen. Mit der Macht des vereinigten Deutschlands wurde die Festung Europa errichtet. Doch das hält Flüchtlinge nicht ab. Für jedes durch FRONTEX und EUROSUR geschlossene Loch werden neue gefährlichere Wege gefunden. Flüchtlinge werden weiter kommen, sie irren durch die Wüste und verdursten dort, ertrinken im europäischen Massengrab des Mittelmeers. Wir müssen uns gegen diese lebensbedrohende Abschottungspolitik stellen und wehren. Wir sollten aber auch den Flüchtlingen, die es zu uns schaffen, ein Willkommen bieten, das den Namen auch verdient. In diesem Sinne wünsche ich unserem Kongress viel Erfolg.

DIE VERANTWORTUNG FÜR FLÜCHTLINGE UND DIE ROLLE VON GESELLSCHAFT UND HOCHSCHULE

Referentin/Autorin: Frau Prof. Dr. Theda Borde (Rektorin der ASH Berlin)

TN-Zahl: Plenum, ca. 120 Menschen

ASYL IST EIN MENSCHENRECHT – DOCH ES BEDARF PROAKTIVER GESTALTUNG UND UNTERSTÜTZUNG

Im Kontext von Migration und Flucht sind wir mit unserer globalen Verantwortung für zentrale Problemfelder konfrontiert. Von ungleicher und ungerechter Verteilung des Wohlstandes im Norden und Süden der Welt, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in vielen Ländern des Südens, von kriegerischen Auseinandersetzungen um Ressourcen, profitieren nicht nur der internationale Waffenhandel, sondern auch die Wirtschaft und der Wohlstand in Europa.

Fluchtbewegungen werden auch zukünftig nicht dem migrationspolitischen Steuerungswunsch von Staaten entsprechen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit proaktiver politischer Verantwortung und Gestaltung. Dazu bedarf es zum einen der Bereitschaft politischer Verantwortlicher, sich dieser Herausforderung auf der globalen, auf der europäischen und auf der bundespolitischen Ebene zu stellen. Zum anderen braucht es auch auf lokaler Ebene integrative Strategien und Handlungspläne in den Kommunen.

Stattdessen sehen wir Bilder von aufgebrauchten Anwohner/-innen, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte in ihrem Wohnumfeld einsetzen. Parteien und Gruppierungen aus



dem rechten Spektrum mobilisieren in diesem Kontext für ihre Zwecke und rassistische Statements kommen scheinbar auch in der Mitte der deutschen Gesellschaft an. Viele der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sind nach Krieg, Terror und Unterdrückung in ihren Herkunftsländern, Notsituationen und Konflikten auf ihren teils langjährigen Fluchtwegen auch dadurch traumatisiert, dass sie bei uns Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung erleben.

GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG UND ROLLE DER HOCHSCHULE

Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH Berlin) liegt gerade einmal zehn Minuten Fuß-



weg entfernt von der im Sommer 2013 neu eingerichteten Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße. Die Ereignisse dieses Sommers haben uns an der Alice Salomon Hochschule direkt mit der Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und gesellschaftlicher Verantwortung konfrontiert – die Frage wurde uns sozusagen direkt vor die Haustür gestellt.

Die heftige, ablehnende Reaktion der eingesessenen Nachbarschaft, im Vorfeld der Eröffnung einer neuen Flüchtlingsunterkunft, war in Berlin-Hellersdorf besonders auffällig. Rassistische Vorurteile wurden von rechten Gruppierungen aufgegriffen. Sie versuchten, die Stimmung im Stadtteil für ihre Zwecke zu nutzen. Auch wenn es jetzt etwas ruhiger zu sein scheint, mobilisieren diese Gruppen bis heute die Anwohner/-innen gegen die Flüchtlingsun-

terkunft. Allerdings haben sich auch zahlreiche lokale Hilfs- und Unterstützungsnetzwerke aus der Zivilgesellschaft entwickelt, die sich mit den Flüchtlingen solidarisch zeigen und diese konkret unterstützen. Das „Solidaritätsnetzwerk Hellersdorf“ oder „Hellersdorf hilft Asylbewerbern“ haben im Oktober 2013 den Preis für Zivilcourage erhalten. Darüber freue ich mich sehr.

Obwohl Hochschulen in erster Linie für Lehre und Forschung zuständig sind, war und ist die Alice Salomon Hochschule gefordert, verantwortungsvoll zu handeln, denn die Qualifizierung der Fachkräfte von morgen und die wissenschaftliche Arbeit geschehen nicht in einem kontextfreien Raum. Die Alice Salomon Hochschule Berlin ist mit ihrem spezifischen Profil für Soziale Arbeit, Gesundheit und Bildung in der Pflicht, sich ihrer gesellschaftli-

chen Verantwortung als Hochschule zu stellen. Natürlich muss das von den Hochschulangehörigen, also Lehrenden, Mitarbeiter/-innen und Studierenden, getragen werden.

Nicht erst heute wird die Frage zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik diskutiert. Max Weber, der das Prinzip der Wertneutralität der Wissenschaft vertritt, sah das anders. Er schrieb in seinem Werk „Wissenschaft als Beruf“ 1919:

„(...) Politik gehört nicht in den Hörsaal. Sie gehört nicht dahin von seiten der Studenten (...) Aber Politik gehört allerdings auch nicht dahin von seiten des Dozenten. Gerade dann nicht, wenn er sich wissenschaftlich mit Politik befaßt, und dann am allerwenigsten. Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei (...)“

Max Webers Zeitgenossin, die Sozialökonomin Alice Salomon war nicht nur eine Wissenschaftlerin, sondern auch Sozialpolitikerin und Kämpferin für die Emanzipation der Frau und die soziale Gerechtigkeit. Als eine der ersten weiblichen Doktorandinnen schrieb sie ihre Doktorarbeit zu einem heute noch politischen Thema – der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen. Alice Salomon bekannte sich deutlich zu dem politischen Mandat der Sozialen Arbeit indem sie z.B. 1909 schrieb: „Soziale Arbeit ist nicht Güte, nicht Wohltun, sondern nur gerechtes Handeln.“

Die Frage nach Gerechtigkeit ist politisch und führt uns schnell über das bekannte doppelte Mandat der Sozialen Arbeit von Hilfe und Kontrolle hinaus. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind zum einen den Bedürfnissen

des Individuums und der Mikrosysteme verpflichtet (Hilfe) und zum anderen den Bedingungen des staatlichen Rechtssystems oder der aktuellen Sozialpolitik (Kontrolle). Silvia Staub-Bernasconi (vgl. 2007) fügte ein drittes Mandat der Profession hinzu. Es umfasst sowohl die wissenschaftliche Fundierung der Handlungstheorien und Methoden der Sozialen Arbeit, als auch einen Ethikkodex, der Vergleichbares beinhaltet, wie die Menschenrechtsabkommen. In der aktuellen internationalen Definition Sozialer Arbeit, die von der International Association of Schools of Social Work (IASSW) für die Entwicklung „Globaler Standards in Studium und Ausbildung“ angenommen wurde, heißt es entsprechend:

„Soziale Arbeit ist eine Profession, die sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen fördert, um ihr Wohlbefinden zu verbessern. Indem sie sich auf Theorien menschlichen Verhaltens sowie sozialer Systeme als Erklärungsbasis stützt, interveniert Soziale Arbeit im Schnittpunkt zwischen Individuum und Umwelt/ Gesellschaft. Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit von fundamentaler Bedeutung“ (IASSW 2001, IFSW & IASSW 2004) c

Wissenschafts- und Menschenrechtsorientierung sind demnach zwei zentrale Dimensionen des professionellen Mandates wissenschaftsbasierter Sozialer Arbeit. Das gilt nicht nur für die Soziale Arbeit. Es lässt sich gut übertragen auf die weiteren Profildomänen der ASH Berlin – Gesundheit und Bildung. Sie sind ebenfalls den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und ethischen Standards verpflichtet.

WAS MACHT DIE ALICE SALOMON HOCHSCHULE KONKRET?

Als die ersten Nachrichten über die Ereignisse in Hellersdorf veröffentlicht wurden, hatten sich gerade Lehrende und Studierende in die Semesterferien verabschiedet. Keine gute Zeit, um Aktivitäten zu organisieren. Aber doch eine Zeit, um Strukturen und Netzwerke aufzubauen, die länger wirken.

Nach einem Anruf von Georg Classen (Flüchtlingsrat) und einer U-Bahnfahrt zwischen zwei Terminen, mit Gedanken an die hohe Arbeitsbelastung der Hochschulangehörigen war die



zentrale Idee entstanden: „Wir machen das, was wir sowieso machen. [...] Wir öffnen die Hochschule für die Flüchtlinge und machen gleichzeitig die Flüchtlingsunterkunft zu einem ‚normalen‘ Ort, an dem auch etwas anderes geschieht als wohnen, warten und Angst haben. Wir bauen eine Brücke [...] zwischen der Alice Salomon Hochschule und der Flüchtlingsunterkunft und führen einen Teil unserer Lehrveranstaltungen [...] dort durch.“

Meine Anfrage nach einem Raum in der Flüchtlingsunterkunft an den Direktor des Landesamtes für Gesundheit und Soziales wurde umgehend positiv beantwortet. Auch der Hellersdorfer Bürgermeister und die Stadträtin für Gesundheit und Soziales unterstützten unser Vorhaben sofort. Zum Beginn des Wintersemesters 2013/14 war alles vorbereitet. In der Flüchtlingsunterkunft wurde ein heller Raum für 50 Personen für Unterrichtszwecke eingerichtet. In Kürze waren Lehrveranstaltungen von montagsmorgens um 9.00 bis freitagmittags belegt. Jetzt sind wir mittendrin: Zehn Professoren/-innen und Dozenten/-innen führen regelmäßig Lehrveranstaltungen mit ihren Studierenden in der Asylunterkunft durch.

Die Seminare umfassen ein breites Spektrum an Themen von Asylrecht über Migration und Rassismus, Sozialmedizin und Sozialpsychiatrie, Internationale Sozialarbeit, Kritische Sozialarbeit im gesellschaftlichen Kontext bis hin zu Fotografie. Darüber hinaus gibt es englischsprachige Seminare wie Migrants, Refugees and Health sowie Foundation of Sociology und zwei unserer Studierenden der Sozialen Arbeit absolvieren ihr Praktikum in der Flüchtlingsunterkunft. Alle Dozentinnen und Dozenten, die im „Asyl“ unterrichten, öffnen ihre Seminare für Flüchtlinge und – wen wundert’s: es passiert noch mehr als das. Einige der Flüchtlinge nehmen tatsächlich an Seminaren teil, andere erzählen von den Gründen ihrer Flucht und ihrer aktuellen Lebenssituation, Studierende mit und ohne Migrationshintergrund dolmetschen, setzen ihre mehrsprachigen Fähigkeiten ein und sorgen dafür, dass Verständigung und Beziehung ermöglicht wird. Zwischen der ASH Berlin und der Flüchtlingsunterkunft läuft ein „walking



bus“ bei dem Studierende, Lehrende und Bewohner/-innen der Flüchtlingsunterkunft gemeinsam den Weg zwischen beiden Gebäuden gehen (auch zum Schutz der Flüchtlinge) und dabei miteinander ins Gespräch kommen und ganz neue Wege und Begegnungen eröffnen.

Das Studierendencafé und die Mensa heißen die Flüchtlinge ebenso willkommen wie unsere Bibliothek und unser Computerzentrum. Freitagnachmittags öffnet das Computerzentrum der ASH seine PCs, Internet und Skype für die Flüchtlinge. Und es kommt an! Am ersten Freitag kamen 15 Personen, am nächsten mehr, und auch Mädchen trauen sich aus der Unterkunft heraus und in die Alice Salomon Hochschule. Studierende sammeln Kopfhörer für ungestörte Kommunikation im Computerzentrum und die Hochschule kauft arabische, russische und andere Tastaturen...

Was durch die Verknüpfung der beiden Häuser und in der Kooperation mit anderen Unterstützergruppen geschieht und welche Effekte

das auf die Wohnumgebung hat, werden wir weiter verfolgen. Ein Forschungsprojekt ist bewilligt, ein weiteres beantragt und andere sind in Vorbereitung.

Ich denke, dass unsere Studierenden und Lehrenden diese einzigartige Erfahrung für ein erweitertes Lernen und Lehren nutzen und diese auch in ihrem emotionalen, wissenschaftlichen und politischen Gedächtnis bewahren. Es ist wichtig, dass die Studierenden und Lehrenden diese besonderen Erfahrungen nicht nur medial, sondern live erleben, dass sie spüren, dass sie nicht nur Zuschauer/-innen, Zuhörer/-innen oder Kritiker/-innen sind, sondern wichtige Akteurinnen und Akteure sein können, die den Prozess für die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen mitgestalten und die globale Verflechtung regionaler Konflikte besser verstehen. Soziale Arbeit hat ein politisches Mandat, denn sie ist, um Alice Salomon nochmals zu zitieren „[...] nicht Güte, nicht Wohltun, sondern nur gerechtes Handeln.“



LITERATUR/QUELLEN

- IFSW & IASSW (2004) Ethik in der Sozialen Arbeit – Darstellung der Prinzipien http://www.lienkamp-berlin.de/resources/IFSW-IASSW_Ethics_in_Social_Work_2004_engl-dt.pdf
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007) Vom beruflichen Doppel- zum Professionellen Tripelmandat Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Vom_Doppel-_zum_Tripelmandat.pdf
- Salomon, Alice (1909) Soziale Hilfsarbeit. In: Baltische Frauenzeitschrift, 3. Jg, S. 205-209. Zitiert in Kuhlmann, Carola (2000) Alice Salomon - Ihr Beitrag zur Entwicklung der Sozialen Arbeit in Theorie und Praxis. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag: 245
- Weber, Max: Wissenschaft als Beruf. 1919: 496 <http://www.wsp-kultur.uni-bremen.de/summerschool/download%20ss%202006/Max%20Weber%20-%20Wissenschaft%20als%20Beruf.pdf>

AKTUELLE ERFAHRUNGEN UND PROBLEME DER HEIMUNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Input: Susa Gunzner, Georg Heber (Grandhotel Cosmopolis Augsburg)

Input: Georg Classen (Flüchtlingsrat Berlin)

TN-Zahl: 55 Personen

TN-Spektrum: Heimbetreiber (PRISOD GmbH, Internationaler Bund IB, GIERSO, AWO),

Anwohnergruppen („Willkommen in Westend“, Soli-Netzwerk Marzahn),

Flüchtlingsinitiativen (u.a. Multitude e.V., KuB, Flüchtlingsrat, Mobiles Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus/mbr, Kindernetzwerk), engagierte Einzelpersonen

EINFÜHRUNG

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Heimen ist sehr umstritten und verläuft in den Bezirken sehr unterschiedlich. Das gilt sowohl für die Anzahl der unterzubringenden Menschen, wie auch für die Qualität der Unterbringung. Wir haben in dieser Arbeitsgruppe folgende Problemfelder angesprochen:

- Standortsuche und Mindeststandards von Notunterkünften
- Personalsituation
- Konzeption der Betreiber und Angebote
- Kontrolle, Sanktionen und Umgang mit Kritik
- Zusammenarbeit mit Anwohnergruppen und Initiativen

Entsprechend der politischen und medialen Aktualität dieser Fragen, war das Interesse an der Arbeitsgruppe 1 sehr groß.

Es gab zwei verschiedene Inputs. Als erstes haben drei ReferentInnen aus Augsburg über das Modell des Grandhotel Cosmopolis gesprochen. Danach hat Georg Classen (Flüchtlingsrat Berlin) in einer Synopse den Reader zur Konferenz vorgestellt und die Passagen, die die Heimunterbringung betreffen, beson-

ders benannt. Ergänzt hat er die formalen Bestimmungen mit Beispielen aus der Praxis seiner Arbeit im Flüchtlingsrat Berlin.

DER LINK ZUM READER:

www.fluechtlingsratinfo-berlin.de

„GRANDHOTEL COSMOPOLIS“ AUGSBURG

Vorab gab es ein leidenschaftliches Statement von einem afghanischen Flüchtling aus Augsburg, der als Künstler nicht mehr in Afghanistan leben konnte. Dann haben Susa Gunzner und Georg Heber von dem Augsburger Modell berichtet.

Das Grandhotel Cosmopolis beherbergt z.Zt. rd. 60 Asylsuchende, vorwiegend aus Tschetschenien.

Der Name will anknüpfen an eine Tradition der kulturellen Begegnung von internationalen Gästen und Einheimischen. Denn den InitiatorInnen von Grandhotel Cosmopolis e.V. geht es nicht um die Unterbringung einer „Problemgruppe“, sondern um die Bereicherung, die einer Einrichtung innewohnt, die



durch die Mitgestaltung aller BewohnerInnen und AnwohnerInnen sicherstellt, dass jedes Bedürfnis und jede Ressource eingebracht wird. Das Grandhotel soll ein Raum sein, in dem sich KünstlerInnen, AnwohnerInnen und Hotelgäste, Menschen mit und ohne Asyl begegnen können.

Das ehemalige Seniorenheim wurde vom Eigentümer zur mehrjährigen Zwischennutzung freigegeben.

Träger des Hauses ist das Diakonische Werk Augsburg. Die Regierung von Schwaben hat die Räume angemietet, in denen Asylsuchende leben können. Der Verein „Grandhotel Cosmopolis e.V.“ ist für die Umsetzung der Projektkonzeption verantwortlich. Die AnwohnerInnen wurden schon in der Planungsphase informiert und mit einbezogen, damit die Idee Anklang und Verbreitung erfahren konnte.

Inzwischen sind darin Ateliers, Hotelzimmer und Asylbewerberunterkünfte entstanden. Für die kontinuierliche Verzahnung mit der Öffentlichkeit gibt es im Grandhotel eine Gaststätte

mit einsehbarer Großküche, ein Kiosk-Café als erste Anlaufstelle, einen multifunktionalen Seminarraum, zwei Gärten und einen offenen Spielplatz. Jede Person, die in diesem Hotel lebt, soll sich nach ihren Möglichkeiten in allen Bereichen einbringen. Für die Asylsuchenden gibt es außerdem spezielle Angebote, wie Beratung, Begleitung bei Behördengängen usw.

Das Konzept erscheint erfolgversprechend, weil viele unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden:

Die attraktive Zwischennutzung vermeidet Leerstand und wertet das Viertel auf. Die Stadt kann Asylsuchende unterbringen und sich gleichzeitig mit einem Image als „Friedensstadt“ schmücken. KünstlerInnen haben einen Raum für die Realisierung der gewünschten kulturellen Vielfalt und Asylsuchende erleben die Begegnung mit anderen Menschen „auf Augenhöhe“. Die AnwohnerInnen haben die Möglichkeiten, das Projekt aktiv mitzugestalten und Reisende finden ein Quartier, welches Gemeinschaft und Kommunikation bietet.

Da diese AG sehr groß war und damit erfahrungsgemäß die Gefahr bestand, dass sich immer nur einige wenige zu Wort melden, haben wir sie in Untergruppen aufgeteilt, als es um die Erarbeitung von Forderungen ging. Wir haben jeder Untergruppe einen Aspekt des Themas zugeordnet.

Die Ergebnisse wurden in kurzen Thesen oder auch nur Stichwörtern festgehalten.



EMPFEHLUNGEN FÜR DIE TEMPORÄRE UNTERBRINGUNG IN WOHNHEIMEN

MINDESTSTANDARDS

- Klar definiert und allgemein verbindlich
- In verschiedene Sprachen übersetzt und erläutert
- Für alle einsehbar
- Gesichert durch regelmäßige Überprüfung/Kontrolle durch das LAGeSo
- Sanktionen bei Nichteinhaltung

STANDORTE

- Kein Industriegebiet, sondern bewohntes Umfeld
- Anschluss an öffentlichen Nahverkehr

PERSONALSITUATION

- Klare Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten
- Eindeutige Aufgabenbeschreibungen
- Adäquate Entlohnung/Bezahlung

KONZEPTION DER BETREIBER UND ANGEBOTE

Möglichkeiten und Anreize für selbstorganisierte Strukturen der BewohnerInnen in der Unterkunft:

- Selbst kochen
- Kinderbetreuung
- Wünsche/ Einrichtung von Interessensvertretungen
- Qualitätskontrolle

Zugang zu Angeboten des öffentlichen Lebens:

- Frühe umfassende Arbeitserlaubnis
- Gute Verkehrsanbindung
- Deutschkurse
- VHS, Jugendclub, Kindertagesstätten
- Sport, Kunst-, Kulturveranstaltungen

ZUSAMMENARBEIT MIT ANWOHNERGRUPPEN UND INITIATIVEN

- Qualifizierte Steuerung der Hilfen und Angebote von außen
- Koordinierung und Vernetzung der Unterstützerinitiativen
- Einrichtung von Beiräten
- Mehr Sozialarbeiterstellen

GESELLSCHAFTLICHE UND KULTURELLE INITIATIVEN IN DER NACHBARSCHAFT

Input: Theresa Arens (Integrationsbeauftragte der Landkreises Potsdam-Mittelmark),

Input: Lahdo Bulun (Koordinator Flyktingguide/Flüchtlingslotse Göteborg)

TN-Zahl: > 40 Personen

TN-Spektrum: Anwohnerinitiativen (Hufeisern gegen rechts, Hellersdorf

hilft, Netzwerk Solidarität Hellersdorf, Willkommen im Westend, Initiative Pankow hilft),

Beratungsstellen/Hilfsorganisationen (xenion, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Asyl in der Kirche,

Caritas), UnterstützerInnengruppen (Multitude e.V., Flüchtlingsnetzwerk Reinickendorf, weil

fußball verbindet e.V.), Bildungseinrichtungen (HU Berlin, Zentrum für Bildungsintegration/Uni

Hildesheim, University College London, Studienstiftung des dt. Volkes), politischen Parteien

(LAG Antifaschismus/die Linke), engagierte Einzelpersonen



fünf Empfehlungen formuliert, die aus Sicht der Anwesenden die Schaffung einer Willkommenskultur unterstützen und für eine gelingende Inklusion sorgen.

WILLKOMMEN IN TELTOW

„Willkommen in Teltow!“ hieß es, als am 29.4.2013 Asylsuchende von der Stadt mit einem Willkommensfrühstück begrüßt wurden. Als man/frau hier in geselliger Atmosphäre miteinander ins Gespräch kam, wurde der Grundstein für ein inklusives Zusammenleben gelegt. Dieser soll fortan durch die enge Zusammenarbeit von Politik Verwaltung, BürgerInnen und Asylsuchenden, gefestigt und stabilisiert werden.

Die Stadt Teltow war sehr kurzfristig vom Landkreis über die Einrichtung der zwei Asylbewerberheime informiert worden und die Gebäude waren bereits für Sozial- und Seniorenwohnungen eingeplant. Dennoch formierte sich bald eine konstruktive Initiative anstatt Widerstand.

EINFÜHRUNG

In der Arbeitsgruppe 2 wurde ausgelotet, wie Unterstützungsinitiativen, kommunale Einrichtungen, Beratungsstellen aber auch engagierte Einzelpersonen ein soziales Umfeld demokratischer Partizipation für Geflüchtete schaffen können. Dabei geht es um Teilhabe an Bildung, Kultur, Gesundheit, Sport, öffentlichen Einrichtungen aller Art und die Möglichkeiten für die Neuangekommenen, auch persönliche Kontakte mit BewohnerInnen der Stadt/Region zu knüpfen. Am Schluss wurden

Unter dem Motto „Willkommen in Teltow“ arbeitet die „AG Willkommen“, bestehend aus VertreterInnen von Landkreis, Stadt, Zivilgesellschaft, WohnheimsbetreuerInnen und Asylsuchenden, seit Anfang 2013 daran, dass sich die AsylbewerberInnen in Teltow willkommen fühlen.

Der Landkreis koordiniert die Freiwilligenarbeit, hat eine interne Steuerungsgruppe und bietet sechsmonatige Deutschkurse an. Die Stadt organisierte u.a. das Willkommensfrühstück und bindet die Flüchtlinge in Aktionen wie Frühjahrsputz und Stadtfest ein. Sie richtet eine Sozialraumkonferenz mit dem Schwerpunkt „Inklusion & Integration“ aus, um Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und zu lösen, und finanziert Lehrkraftstellen für Deutsch als Zweitsprache an den Grundschulen. Teile der Zivilgesellschaft beraten und begleiten die Tafel „Teltower Tisch“, wo es anfänglich Schwierigkeiten zwischen den deutschen und ausländischen Bedürftigen gab. Flüchtlinge werden in Förderprojekte („Kultur macht stark“) eingebunden. Auch die Sozialarbeiterinnen in den Asyl-Einrichtungen wirken an der Netzwerkarbeit mit, indem sie Aktivitäten in den Einrichtungen initiieren (Sommerfest, Frühlingss Grillen, Flurgespräche).

Die AG Willkommen trifft sich etwa alle zwei Monate zum Vernetzen und Kennenlernen, um gemeinsame Projekte durchzuführen und Probleme zu besprechen.

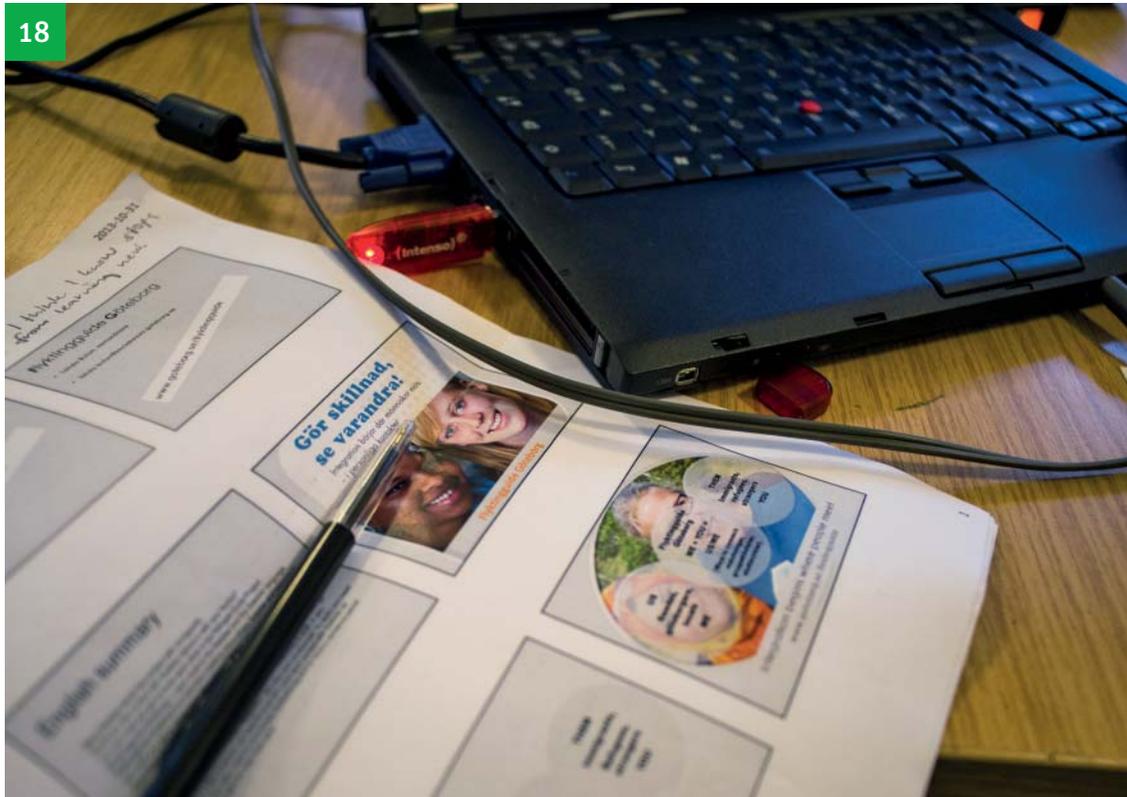
Theresa Arens, Integrationsbeauftragte Potsdam-Mittelmark, bewertet die Arbeit positiv. Sie lobt die Einbindung der AkteurInnen, die Offenheit der politischen Führung, die Abstimmung zwischen den AkteurInnen und die



Pflege sowie den Einsatz des Netzwerks. Weiteren Handlungsbedarf sieht sie bei der stärkeren Einbindung der Flüchtlinge. Ergänzende ehrenamtliche Arbeit soll in Zukunft vermehrt und effektiver eingesetzt werden und die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen und HelferInnen soll gestärkt werden.

FLYKTINGGUIDE/FLÜCHTLINGSLOTSE GÖTEBORG

Seit 2003 werden über den „Flyktingguide“ Kontakte zwischen neuangekommenen Flüchtlingen/ImmigrantInnen und EinwohnerInnen aus der Region vermittelt, gemeinsame Aktivitäten geplant sowie Kurse und Fortbildungen angeboten. Begonnen als gefördertes EU-Projekt, hat die Stadt Göteborg im Jahre 2008 die institutionelle Finanzierung mit 2 Vollzeitstellen übernommen. Wie arbeitet der Flyktingguide Göteborg?



AUFTRAG UND ZIEL IST

auf freiwilliger Basis für die Integration zu arbeiten – in der in Schweden vermutlich am stärksten segregierten Stadt.

- Soziale Integration fördern; Segregation und Vorurteilen entgegenwirken, wechselseitiges Kennenlernen und einander Verstehen
- Aufbau sozialer Netzwerke und gegenseitiger Austausch
- Mobilisierung und Wahrnehmung möglicher Ressourcen

ZWEI ZIELGRUPPEN

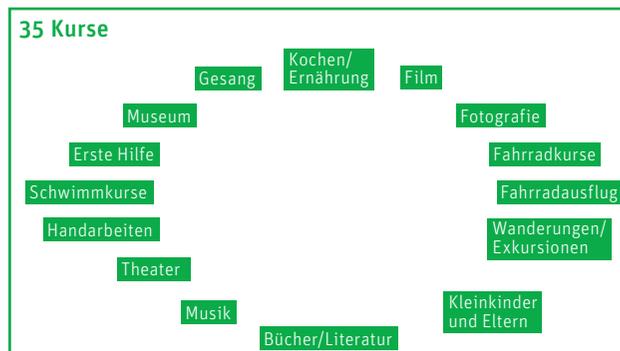
- Flüchtlinge und Einwanderer mit Aufenthaltsgenehmigung, die in Göteborg und Umgebung wohnen und mindestens über das Sprachniveau B in Schwedisch verfügen
- Etablierte SchwedInnen / EinwohnerInnen Göteborgs und Umgebung

WAS WIRD GEMACHT?

Flüchtlingslotse Göteborg arbeitet integrationsfördernd mit drei Angebotesformaten. Er bringt GöteborgerInnen und Neuangekommene zusammen bei

- der Herstellung persönlicher Kontakte, bisher: 1566
- Gruppenaktivitäten/ Gruppentreffen, bisher 57
- Kursen, bisher 35

Es werden nicht nur individuelle Kontakte, sondern auch Familienkontakte und Gruppenkontakte vermittelt. Es finden Jugendbegegnungen und Klassentreffen statt. Die Kontakte werden auf der Basis von Wünschen, Erfahrungen, Lebenssituation und Geschlecht hergestellt.



DISKUSSION: KONSEQUENZEN FÜR BERLIN

Beide Berichte wurden als anregende Beispiele für eine gelungene Zusammenarbeit kommunaler Einrichtungen mit Unterstützungsinitiativen und engagierten AnwohnerInnen bewertet. Deutlich wurde in beiden Fällen, dass die politische Unterstützung durch kommunale Entscheidungsträger und die im Zuge dessen zur Verfügung gestellte Infrastruktur erheblich zum Zustandekommen und zur Stabilität der Projekte beigetragen haben. Problematisiert wurde die Tatsache, dass die Projekte ausschließlich für Menschen konzipiert sind, die über einen legalen Status verfügen. In Schweden müssen diese sogar einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Allerdings dauern die Asylverfahren dort im Schnitt auch nur 6 Monate. Folgende Empfehlungen wurden zum Abschluss zusammengetragen:



EMPFEHLUNGEN

- Rechtzeitige Einrichtung einer AG Willkommen – Bildung einer Steuerungsgruppe – Beteiligung von Kommune, Beratungsstellen, Sozialarbeit, Zivilgesellschaft / Initiativen
- Frühzeitige Einbindung der Neuangekommenen/Geflüchteten
- Ausreichende Angebote für Sprachunterricht
- Vermittlung/Organisation von gemeinsamen Aktivitäten
- Schaffung gemeinsamer Treffpunkte

VORAUSSETZUNGEN:

- Das Prinzip der Freiwilligkeit muss gelten
- Die politischen Rahmenbedingungen für Partizipation müssen geschaffen werden

ZUGANG ZU WOHNUNGEN UND ALTERNATIVE WOHNKONZEPTE

Input: Martina Mauer (Flüchtlingsrat Berlin),

Input: Claus-Ulrich Pröbß (Förderverein Kölner Flüchtlingsrat)

TN-Zahl: > 30 Personen

TN-Spektrum: Wohnheimbetreiber (AWO, IB), Martinswerk e.V., Beratungsstellen (Flüchtlingsrat Berlin, Flüchtlingsrat Brandenburg, InteraXion-ZfD), UnterstützerInnengruppen (Multitude e.V.), engagierte Einzelpersonen, Anwohnerinitiativen (Initiative Kinderbetreuung Levetzowstr.) und VertreterInnen von Kirche (Asyl i.d. Kirche) und politischen Parteien (AG Willkommenskultur B90/Grüne KV Pankow), engagierte Einzelpersonen

EINFÜHRUNG

Die Diskussion in Arbeitsgruppe 3 konzentrierte sich auf die Themen Auszugsmanagement, Wohnungsbaugesellschaften und Trägerwohnungen. Außerdem wurde der Handlungsbedarf in Berlin und Umsetzungsmöglichkeiten ähnlicher Projekte für Berlin diskutiert. Die Ergebnisse der AG sind in sechs Forderungen dokumentiert. Als Erfolg der AG verzeichnen wir das Entstehen von neuen, inoffiziellen Strukturen und Bindungen.

DIE AKTUELLE LAGE IN BERLIN

Seit 2003 gilt in Berlin nach der AV Wohnen AsylbLG, dass asylsuchende und geduldete Flüchtlinge „in der Regel“ in Wohnungen untergebracht werden und nicht dauerhaft in Sammelunterkünften leben müssen.

Nach Schätzungen des Flüchtlingsrats hielten sich Mitte 2010 rund 10 000 Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthalt in Berlin auf. Etwa 85% von ihnen lebten in privaten Mietwohnungen und nur 15% in den stadtweit sechs Sammelunterkünften.

Seit drei Jahren ist jedoch eine negative Entwicklung zu beobachten. Ende 2013 sind von rund 15 000 Flüchtlingen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nur noch 7 500 (50%) in Wohnungen untergebracht. Sowohl die absolute Anzahl als auch das prozentuale Verhältnis haben sich innerhalb von drei Jahren deutlich verschlechtert. Die Anzahl der Sammelunterkünfte ist unter dem Druck steigender Flüchtlingszahlen und eines immer angespannteren Wohnungsmarktes von sechs auf 33 angewachsen.

Nach den Erfahrungen der Flucht ist eine private Wohnung eine wichtige Voraussetzung, um zur Ruhe kommen und ein (zumindest in Teilen) selbstbestimmtes Leben führen zu können. Der Negativtrend muss umgekehrt und eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ermöglicht werden.

Welches sind die gesetzlichen Grundlagen, auf denen die Unterbringung geregelt wird und wie können wir sie verbessern? Welche externen Faktoren haben zu dieser prekären Unterbringungssituation in Berlin geführt?



Das Versprechen der eingangs erwähnten AV Wohnen AsylbLG, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, ist an folgende Bedingungen geknüpft:

Die EmpfängerInnen von Leistungen nach dem AsylbLG können nur dann eine private Wohnung beziehen, wenn

- Sie nicht mehr zum Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung verpflichtet sind¹
- Die Unterbringung in der Wohnung auch im Einzelfall kostengünstiger ist, als das Leben in der Sammelunterkunft und
- Die Miete angemessen ist.

Unproblematisch sind die ersten beiden Kriterien. Die Verpflichtung, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, endet nach maximal 3 Monaten und die Unterbringung in Wohnungen ist derzeit stets kostengünstiger als die Unterbringung in einer Sammelunterkunft.

Große Probleme bereitet in der Praxis das Kriterium der Angemessenheit der Miete. Die durchschnittlichen Kosten für die Unterbringung einer Person in einer Sammelunterkunft

lagen im Januar 2013 bei 460,81 Euro². Eine angemessene monatliche Bruttowarmmiete für eine private Mietwohnung darf allerdings höchstens bei 417 Euro liegen³.

In den letzten Jahren hat sich die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt drastisch verschärft und ist gerade im unteren Preissegment sehr angespannt.

Eine Wohnung zu finden, die den Vorgaben der Sozialämter entspricht, ist nahezu unmöglich geworden und die bürokratischen Hürden und die Diskriminierung Nicht-Deutscher mit unsicherem Aufenthalt auf dem Wohnungsmarkt erschweren die Suche zusätzlich. Immer mehr Flüchtlinge müssen für lange Zeit in den prekären Zuständen der überbelegten Sammellager leben.

Die Mietübernahmebescheinigung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) ist unverständlich und unverbindlich, außerdem sind die Wartezeiten für die Prüfung einzelner Mietangebote lang. VermieterInnen

² Kleine Anfrage der PIRATEN-Fraktion im Abgeordnetenhaus am 28. Januar 2013, Drs 17/11369

³ Nach der Wohnaufwendungsverordnung (WAV)

¹ s. §47 (1) AsylVfG

werden abgeschreckt, sodass potenzieller Wohnraum unerschlossen bleibt.

Auch der Kooperationsvertrag zwischen LAGeSo und städtischen Wohnungsbaugesellschaften („Wohnungen für Flüchtlinge“ (WfF) 2011) erbrachte nicht die geplanten Ergebnisse. Er sollte mehr günstigen Wohnraum für Flüchtlinge erschließen (275 Wohnungen jährlich, bereitgestellt durch Wohnungsbaugesellschaften, vermittelt durch LAGeSo). Aus Mangel an Sanktionen bei Nichterfüllung des Vertrags wurde dieses Ziel verfehlt. Der Flüchtlingsrat Berlin schätzt den Vertrag sogar tendenziell als kontraproduktiv ein, da Wohnungsbaugesellschaften nun nur noch innerhalb des WfF an Flüchtlinge vermieten, geduldete Flüchtlinge ausgeschlossen sind und die Wohnungssuche in Eigeninitiative nicht mehr möglich ist.

Zudem fehlt es an einer intensiven und aktiven Unterstützung bei der Wohnungssuche. Die Ursache für die mangelhafte Betreuung, Begleitung und Sprachmittlung bei Wohnungsbesichtigungen liegt u.a. im Personalmangel beim für die Unterbringung zuständigen LAGeSo begründet. Vor allem aber scheint es am politischen Willen zu fehlen, asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen den schnellen Bezug von Wohnungen zu ermöglichen.

Es werden folgende Ursachen für die sinkende Zahl von in Wohnungen untergebrachten Flüchtlingen ausgemacht:

- Eine ungenügende Anpassung gesetzlicher Mietobergrenzen an die Marktrealität,
- Ein eklatanter Mangel an günstigem Wohnraum,
- Personalmangel in zentralen Vermittlungs- und Beratungsstellen (LAGeSo)

und daher mangelhafte Betreuung und Beratung.

- Sowie misslungener Einsatz rechtlicher Instrumente (WfF).

SITUATION IN KÖLN

Bis 2003 herrschte in Köln eine unverhohlene Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen. Die Unterbringung erfolgte in der Regel in Kasernen, Zelten o.Ä. und die Versorgung fand über Sachleistungen nach dem AsylbLG statt



(Gemeinschaftsverpflegung und/oder Lebensmittelpakete). Der öffentliche Umgang mit Flüchtlingen war geprägt von der konsequenten Kriminalisierung der Asylsuchenden und Razzien in und vor Wohnheimen.

Mit dem Regierungswechsel in Köln von CDU/FDP zu CDU/Bündnis 90 die Grünen wurde eine Neuausrichtung der Flüchtlingskonzeption im Koalitionsvertrag festgelegt. Wegweisend war der Ratsbeschluss vom 17.06.2003, der die Einführung des „Runden Tisches für Flüchtlingsfragen“ vorsah.

DER RUNDE TISCH

Dem Runden Tisch gehören an:

- Vier Ratsfraktionen
- Ordnungs-, Sozial-, Jugend-, und Wohnungsamt der Stadt Köln
- Kirchenvertreter
- Diakonie, DRK, AWO, DPWV, Caritas, Synagogengemeinde, Flüchtlingsrat, Rom e.V., Runder Tisch für Integration, Polizei

Am Runden Tisch werden Leitlinien für den Umgang mit Flüchtlingsfragen und Ratsresolutionen erarbeitet. Die Teilnahme der Sozialdezernentin, die enge Zusammenarbeit mit wesentlichen Ämtern und die informelle Kontaktpflege der Mitglieder untereinander ermöglichen effektives Arbeiten. Der Entscheidungsmodus ist konsensual.

Das Projekt „Auszugsmanagement“ ist nur eine der Errungenschaften des Runden Tisches. Darüber hinaus wurden wegweisende Ratsbeschlüsse, ein Betreuungskonzept und eine Studie („Menschen ohne Papiere in Köln“ 2007) ausgearbeitet.

Projekt Auszugsmanagement, Ergebnisse nach zwei Jahren (Stand: 31.07.2013), Einsparungen der Stadt Köln:			
	Alte Unterbringungskosten	Neue Unterbringungskosten	Ergebnis
monatlich	57.836,- €	24.202,- €	33.634,- €
jährlich	694.032,- €	290.424,- €	403.608,- €
Einsparung: 403.608,- € pro Jahr (abzüglich einmalig 142.000,- € städt. Zuwendung)			

PROJEKT AUSZUGSMANAGEMENT

Das Projekt „Auszugsmanagement“ wurde auf Initiative des Flüchtlingsrates entwickelt und 2011 per Ratsbeschluss mit 71.000€ pro Jahr für zwei Jahre beschlossen. Ziel ist die Unterbringung von mindestens 100 Flüchtlingen in Mietwohnungen. Dies geschieht in enger Kooperation mit dem Wohnungsamt und unter der Trägerschaft des Caritasverbandes, des DRK und des Flüchtlingsrates.

Die Leistungen umfassen:

- Identifizierung aller Auszugsberechtigten (geschätzte 400 Personen)
- Durchführung von Infoveranstaltungen in Wohnheimen
- Akquise von Wohnraum, Übernahme der Maklerkosten (Maklerschein)
- Aufsuchende Beratung und Hilfe bei Fragen zu Mietvertrag, Kaution, Schufa-Auskunft, Umzug, Mobiliar, Ummeldung von Kita und Schule
- Begleitung und Konfliktregelung in den ersten Monaten nach Wohnungsbezug.

Die Akquise von Wohnraum wird bei einem immer enger werdenden Wohnungsmarkt schwieriger, jedoch hat die Stadt ein Belegungsrecht auf Sozialwohnungen.

Es wurden nach zwei Jahren 1073 Personen beraten, 445 Mal begleitet, zehn Infoveranstaltungen abgehalten und insgesamt 124 Personen vermittelt.

Für die Stadt ist das Auszugsmanagement ein finanziell lohnendes Konzept. Durch die Unterbringung in Wohnungen spart die Stadt jährlich 403.608,- €. Die Stadt Köln verdoppelte daraufhin den Etat für die Projektstelle „Auszugsmanagement“.

DISKUSSION: KONSEQUENZEN FÜR BERLIN

Ist in Berlin der politische Wille vorhanden, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen? Der Berliner Wohnungsmarkt ist sehr angespannt. Immer mehr Menschen müssen auf das geschützte Wohnungssegment zurückgreifen, es sollen jedoch keine Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Der Kontakt zu Wohnungsbaugesellschaften gestaltet sich schwierig. Hier besteht großer Verbesserungsbedarf.

Trägerwohnungen werden als Alternative positiv eingestuft und als gutes Konzept gesehen, um den verbreiteten Argwohn unter privaten VermieterInnen (unsicheres Mietverhältnis, da Abschiebung drohen kann) zu umgehen.

Handlungsbedarf besteht im Kontakt zu Wohnungsbaugesellschaften und bei den Verhandlungen des Wohnungskontingents, denn verstärkte Öffentlichkeitsarbeit könnte „Sozialneid“ vorbeugen.

EMPFEHLUNGEN

- 1 Eindeutiges Bekenntnis der öffentlichen Hand – Priorität: Wohnungen**
 - Bürokratieabbau
 - Personalverstärkung
- 2 Runder Tisch**
 - Unter Beteiligung der Verwaltung, Politik, Wohnungsbaugesellschaften, Beratungsstellen und Unterstützungsorganisationen etc.
- 3 Projekt „Umzugsmanagement“**
 - ausreichend Personalstellen
 - ausreichend kompetente Sprachmittler
- 4 Trägermodelle**
Etablierte Organisationen treten ein als Hauptmieter und untervermieten an Flüchtlinge auch mit unsicherem Aufenthaltsstatus.
- 5 Erhöhung der Mietobergrenzen, Wohnberechtigungsschein, Maklerschein, städt. Belegungsrecht**
- 6 Schaffung bezahlbaren Wohnraums**
 - auch Erschließung alternativer Wohnprojekte



Die große Beteiligung an dieser Konferenz für menschenwürdige Aufnahmebedingungen von Flüchtlingen hier in Berlin ist hoffentlich ein Anfang für eine breit getragene Willkommenskultur. Eine Willkommenskultur, die infrastrukturell besser ausgestattet ist und auch von der öffentlichen Verwaltung und der Politik unterstützt wird!

Mut gemacht haben die vielen kleinen und großen Beispiele für ein solidarisches Miteinander, von denen die zahlreichen Initiativen und engagierten Einzelpersonen berichtet haben. Deutlich wurden die Vielfalt des Unterstützungsspektrums und die breite Streuung in der Stadt. In fast jedem Stadtteil haben sich kleinere oder größere Initiativen und/oder Netzwerke zur Unterstützung von Flüchtlingen gebildet. Auch die durch MitarbeiterInnen vertretenen Wohnheimbetreiber haben mit ihrer Anwesenheit Gesprächsbereitschaft signalisiert. Kontraproduktiv ist allerdings die nun angedrohte Unterlassungsklage einer Wohnheimbetreibergesellschaft gegen den Flüchtlingsrat Berlin e.V. wegen angeblicher Behauptung

falscher Tatsachen. Das Ergreifen juristischer Mittel gegen GesprächspartnerInnen in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung schafft ein Klima der Einschüchterung und des Misstrauens. Eine gemeinsame Grundlage zur Erarbeitung von Qualitätsstandards und deren Sicherung scheint von diesem Betreiber nicht gewollt.

Ungeachtet dieses schalen Nachspiels ist es während der Tagung zu einem produktiven Austausch vieler Beteiligten gekommen. Am Vormittag haben VertreterInnen des Flüchtlingsrates Berlin und VertreterInnen des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) ihre unterschiedlichen Sichtweisen auf die Bedingungen der Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge darlegen können. Übereinstimmend wurde die unzureichende personelle Ausstattung des LAGeSo bemängelt. Kontrollen der Qualitätsstandards in den Unterbringungen müssen regelmäßig durchgeführt werden, das bedeutet auch mehr Personal.

Leider gab es auf der bezirklichen Ebene kaum Resonanz, geschweige denn Beteiligung an der Konferenz. Lediglich zwei aller von uns eingeladenen Integrationsbeauftragten hatten sich für ihr Fortbleiben entschuldigt. Hoffen wir, dass bei den nächsten kleinen und großen Runden alle vertreten sind, die zum Gelingen einer menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen beitragen könnten.

Eine Weiterführung und Umsetzung der in den AGs formulierten Empfehlungen wird hoffentlich zu unserer gewünschten Willkommenskultur führen.

EIN RUNDER TISCH FÜR FLÜCHTLINGSFRAGEN IN BERLIN

Unser Auftrag von dieser Tagung ist es, die Forderung nach einem Runden Tisch an die Berliner Politik heranzutragen.

Dieser Runde Tisch sollte beim Landesamt für Gesundheit und Soziales, dem LAGeSo, angesiedelt sein, weil dieses für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zuständig ist und somit die neuesten Informationen liefern kann. Die Themen dieser Runde betreffen die Finanzen, Personalfragen, aktuelle Entwicklungen, die Kontrolle der Heimunterbringung u.a. Die Beschlüsse dieses Runden Tisches haben eine stadtweite Verbindlichkeit, die die Nachhaltigkeit sichert. Die Treffen finden kontinuierlich statt, halbjährlich und bei akutem Bedarf.

Es hat sich auch bei dieser Veranstaltung wieder gezeigt, dass es außerhalb der institutionellen Strukturen eine hohe Kompetenz an Fachwissen zum Thema Flucht, Asyl, Migration gibt. Diese Kompetenz gehört zum Runden Tisch! Die neue Qualität in der Interessenvertretung durch die Flüchtlinge selbst muss ebenfalls ihren Niederschlag in dieser Runde finden. Die Mitarbeit von zivilgesellschaftlich engagierten BürgerInnen zu diesem Thema ist wünschenswert.

Das bedeutet folgende Zusammensetzung: Senat, Bezirke, Parteien, Wohnheimbetreiber und Wohnungsbaugesellschaften, private Träger, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsrat und Beratungseinrichtungen, Vertretung von Flüchtlingsgruppen und Sprecherräten, Anwohner- und Unterstützerguppen.



Wir werden mit Jahresbeginn an die Verantwortlichen und die anderen genannten Gruppierungen mit der Forderung nach einem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen herantreten. Gleichzeitig werden wir für dieses Vorhaben die Unterstützung in den Medien suchen.

Gemeinsame Pressemitteilung von

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, www.bildungswerk-boell.de
Flüchtlingsrat Berlin e.V.,
www.fluechtlingsrat-berlin.de
Initiative Neue Nachbarschaft Moabit,
<http://neuenachbarschaft.wordpress.com>
Initiative Moabit hilft,
www.facebook.com/groups/moabithilft
Initiative Willkommen im Westend,
www.willkommen-im-westend.de
Multitude e.V., <http://multitude-berlin.de>

Berlin, 18. Dezember 2013

Privater Wohnheimbetreiber Gierso versucht, Berliner Flüchtlingsrat politisch mundtot zu machen

Im Anschluss an eine flüchtlingspolitische Fachtagung des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2013 mit dem Thema „Welcome to Berlin!“ ließ die Wohnheimbetreiberfirma Gierso Boardinghouse GmbH Berlin¹ dem Flüchtlingsrat Berlin

¹ Die Gierso GmbH ist einer von drei großen privaten Betreibern der Flüchtlingsunterbringung in Berlin. Die Firma wird wegen der Zustände in ihrer Moabiter Notunterkunft von der Initiative Neue Nachbarschaft Moabit öffentlich massiv kritisiert. Sie betreibt seit Anfang 2013 im Auftrag des LAGeSo Notunterkünfte in Moabit, Steglitz und in Spandau allein aufgrund mündlicher Absprachen mit dem LAGeSo, und seit Mai 2013 eine weitere Unterkunft im Westend. Die von Wilhelm Pleß geführte, rechtlich von Tobias Dohmen vertretene Gierso ist Ende 2012 aus der seit Jahrzehnten im Geschäft aktiven, von Helmut Penz geführten Wohnheimbetreiber PeWoBe Berlin heraus entstanden. Vgl. zum Hintergrund der Firmen bereits *Die Zeit* vom 15.01.1993 „Konjunkturprogramm Asyl“ www.zeit.de/1993/03/konjunkturprogramm-asyl.

per Rechtsanwältin Unterlassungs- und Verpflichtungserklärungen zustellen. Die Gierso versucht damit, Kritik an den von ihr betriebenen Unterkünften zu unterbinden.

Die Anwältin verlangt, dass der Flüchtlingsrat und seine Mitglieder sich per Unterlassungserklärung gegenüber der Gierso vertraglich dazu verpflichten, angebliche Behauptungen über Mängel bei Personal, Ausstattung und Organisation der Gierso-Unterkünfte nicht mehr zu äußern. Sie bezieht sich dabei auf Diskussionen während der Tagung des Bildungswerks mit dort teilnehmenden Gierso-Mitarbeiterinnen sowie auf eine Email des Flüchtlingsrates an den Auftraggeber für die Sammelunterkünfte, das Landesamt für Gesundheit und Soziales LAGeSo Berlin.

„Wir wundern uns sehr über dieses aus unserer Sicht völlig abwegige Vorgehen der Gierso. Fachtagungen dienen üblicherweise dazu, Meinungen auszutauschen und unterschiedliche Standpunkte zu diskutieren. Statt sich dem öffentlichen politischen Diskurs auf unserer Tagung zu stellen, unternimmt die Gierso den Versuch, den Flüchtlingsrat im Nachhinein mit fragwürdigen Mitteln mundtot zu machen“, so Heidi Bischoff-Pflanz vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der Flüchtlingsrat Berlin sieht es als seine originäre politische Aufgabe an, die in Not- und Sammelunterkünften eingewiesenen Flüchtlinge dabei zu unterstützen, vorhandene Mängel

an das LAGeSo zu melden und diese ggf. auch öffentlich zu machen. Dies ist umso wichtiger angesichts bislang durchweg fehlender Kontrollen von Personaleinsatz und Ausstattung in den Unterkünften durch das LAGeSo Berlin und eines völlig fehlenden Beschwerdemanagements.

„Seit seiner Gründung vor über 30 Jahren thematisiert der Flüchtlingsrat Mängel in Berliner Sammelunterkünften in der Öffentlichkeit. Davon lassen wir uns auch durch Einschüchterungsversuche seitens eines privaten Heimbetreibers nicht abbringen“, sagt Martina Mauer vom Flüchtlingsrat Berlin. *„Vielmehr erwarten wir von den Heimbetreibern eine Zusammenarbeit im Interesse der untergebrachten Flüchtlinge, was die Fähigkeit zum Umgang mit Kritik einschließt.“*

Der Flüchtlingsrat wird sich deshalb den Abmahnungen der Gierso-Anwältin nicht unterwerfen, auch wenn damit ein hohes Kostenrisiko verbunden ist.

Wir fordern stattdessen:

- Einhaltung der Mindeststandards für den Betrieb von Sammelunterkünften durch die Betreiber
- Transparenz über die mit dem LAGeSo getroffenen Verträge und Absprachen
- Regelmäßige anlassunabhängige Kontrollen von Ausstattung und Personaleinsatz in den Unterkünften durch das LAGeSo
- Einrichtung eines effektiven Beschwerdemanagements in den Unterkünften und beim LAGeSo
- Zugang für ehrenamtliche Initiativen zu den Unterkünften

Pressekontakt:

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung,
 Tel: 030-6126075
 Flüchtlingsrat Berlin, Tel: 030-243445762

Was die taz schreibt...

Titel der taz zum Thema Sammelunterkünfte von Juli bis Oktober 2013

13./14.07.13:

Ein Heim in guter Nachbarschaft

Auch in Grünau gab es zuerst schon Bedenken gegen eine Notunterkunft für Asylbewerber als neue Nachbarn. Letztlich aber hat die Grünauer Bürgerschaft mehr auf die tatkräftige Hilfe statt auf dumpfe Fremdenfeindlichkeit gesetzt.

12.08.13:

Hinter dem Zaun von Wittenau

Seit das Marie-Schlei-Haus am Eichborn-damm zur Flüchtlingsunterkunft wurde, grassieren Angst und Vorurteile unter den Anwohnern.

21.08.13:

Zu Gast bei Feinden

Hasserfüllte Proteste von Anwohnern und rechtsextremen Aktivisten gegen die Ankunft von Flüchtlingen in einer neuen Notunterkunft.

22.08.13:

„Es ist ein verstörender Ort“

Der Palästinenser Karim H. war unter den ersten Asylbewerbern, die die von den Rechten bekämpfte Notunterkunft in Hellersdorf bezogen – und sofort wieder verließen.

03.09.13:

Die Angst vor – was eigentlich?

In Pankow treffen sich AnwohnerInnen, um über ein geplantes Flüchtlingsheim zu sprechen. Dazu aufgerufen wurde anonym.

07./08.09.13:

Erste Uferlage für Flüchtlinge

Um die NeuköllnerInnen vor Flüchtlingen zu beschützen, verlegt der Bezirk den Standort einer geplanten Flüchtlingsunterkunft auf ein unerschlossenes Gelände.

14./15.09.13:

Der Gegenentwurf zu Hellersdorf

In Neukölln wird über ein geplantes Flüchtlingsheim informiert – rund 500 Zuhörer demonstrieren Solidarität. Nur Bezirksbürgermeister Heinz Buschowsky (SPD) sitzt hinten im Saal und stänkert.

07.10.13:

„Wir wurden mit Applaus empfangen“

Hellersdorf: Hunderte Menschen übergaben am Samstag Sachspenden an die Bewohner des Asylbewerberheimes.

28.10.13:

Auszeichnung für „Hellersdorf hilft“

Bürgerinitiative erhält Preis für Zivilcourage gegen Rechtsextremismus.



STROM UND WASSER feat. THE REFUGEES

sind der krönende Abschluss unserer Tagung „Welcome to Berlin?! – für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen“. Das sollte sich niemand entgehen lassen: Alle sind herzlich eingeladen mit uns das Tanzbein zu schwingen und unseren Forderungen nach mehr Rechten für Flüchtlinge Nachdruck zu verleihen!

WANN? 2.11.13 AB 20 UHR

WO? PUMPE, LÜTZOWSTR. 42, BERLIN-MITTE

EINTRITT? FREI!

Strom und Wasser, eine musikalisch vielseitige Band, hat seit jeher einen politischen Anspruch. Sie musizieren gegen Faschismus, für Flüchtlinge, Obdachlose und Artenschutzprojekte. Seit 2012 läuft das Projekt „Strom und Wasser feat. The Refugees“ und gibt „[...]Menschen, die in der Gesellschaft keine Stimme haben, eine Bühne [...]“. Damit sind sie überaus erfolgreich. Die Gruppe präsentiert an diesem Abend ein neues Album und feiert gleichzeitig ihren Abschied. Es wird voraussichtlich eines der letzten gemeinsamen Konzerte sein. Also: nichts wie hin!

Wir freuen uns auf ein einmaliges Erlebnis und ein tosendes Publikum.